

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Frau Schauer,
sehr geehrte Herren des Verwaltungsvorstandes,
geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Rates,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger und Vertreter der lokalen Medien,

nach all den brillanten Vorrednern möchte ich Sie heute nicht mit einem langatmigen Vortrag quälen, nicht all die unumstößlichen Fakten und aufgeführten, unaufschiebbaren Aufgaben der Stadt noch einmal breit darstellen. Ja, es ist richtig, wie es der Bürgermeister vor kurzem einmal ausgedrückt hat: Unsere Stadt ist auf einem guten Weg, viele Aufgaben – Entwicklung der Innenstadt, Entwicklung der Schullandschaft, Investitionen in guter 2-stelliger Millionenhöhe wie das neue Kombibad, Reaktivierung einer jahrelangen Bundeswehrbrache zu neuem attraktivem Wohngebiet- um nur einige zu nennen sind auf gutem Weg und es gibt wohl niemanden hier in diesem Saal, der nicht erfreut ist, dass uns die Hände für diese Aufgaben nicht so sehr gebunden sind, wie noch vor wenigen Jahren. Die Mittel, die uns zur Verfügung stehen, haben den Handlungsspielraum in den letzten Jahren erheblich vergrößert, die überwiegend einstimmig getragenen Einsparbemühungen haben das Ihrige dazugetan.

Die Liste der Errungenschaften und positiven Entwicklungen ließe sich fortsetzen:

Zahlreiche Projekte werden mit verschiedensten Förderprogrammen unterstützt. Diese Mittel entlasten den Haushalt massiv. Allein durch die Programme Gute Schule 2020 und Kommunalinvestitionsförderungsgesetz

(Teile I und II) fließen ca. 15.000.000 € in notwendige energetische Maßnahmen bzw. Schulbaumaßnahmen oder die Umsetzung des Medienentwicklungsplans. (HH-Plan-Entwurf 2019, S. 36)

Und um es klar und unmissverständlich zu sagen: Das ist gut so, das ist richtig, das ist notwendig!!!

Es steigert die Lebensqualität der Menschen, die in dieser Stadt leben und arbeiten. Gleichzeitig ist es gelungen, den nahezu ungebremsten Eigenkapitalverzehr der Jahre 2006-2018 zu stoppen und umzukehren (die entsprechende Grafik und textliche Erläuterungen finden Sie auf Seite 35 des HH-Planentwurfs). So weit, so gut-könnte man sagen.

Und jetzt kommen FDP und UWG daher und fordern eine kleine Verringerung der enormen Abgabenlast bei Bürgerinnen und Bürgern und schon gibt es

einen Aufschrei des Entsetzens beim Bürgermeister, beim Kämmerer und beim Großteil unserer geschätzten Mitstreiter hier im Saal. „Gefährdung der intergenerativen Gerechtigkeit“ schallt es uns unisono entgegen. „Populistische Begründung“, ist die Reaktion des Fraktionsvorsitzenden der SPD, der grüne Fraktionssprecher fühlt sich gar berufen, diese Sicht der Dinge auch noch in Leserbriefen unters Volk zu bringen. Zugegeben: Der gemeinsame Antrag von FDP und UWG zur Senkung der Grundsteuer B um 50 Punkte hätte differenzierter begründet werden können. Ich frage euch, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wer hebt dann jetzt die Hand und sagt: Dann hätten wir uns vielleicht intensiver mit dem Antrag auseinandergesetzt oder gar anders entschieden?

Den Antragstellern war durchaus bewusst, die Nöte des stationären Einzelhandels oder der örtlichen Gastronomie nicht mit einer Steuerentlastung von 1 Million beheben zu können. Die Kaufkraft der Bürgerinnen und Bürger ist dabei kein entscheidendes, wohl aber ein flankierendes Kriterium. Wir wollen

mit dieser Entlastung für die Haus- und Grundeigentümer, aber natürlich auch für die Mehrheit der Mieterinnen und Mieter ein Zeichen setzen, dass die nahezu zügellose Vereinnahmungsmentalität der unterschiedlichen Ebenen dieses Staates aus unserer Sicht gebremst und zurückgefahren werden muss. In einer beachtenswerten Betrachtung aus dem Wirtschaftsteil der Welt am Sonntag vom 13.01.2019 unter dem Titel: „Steuern runter: Wann, wenn nicht jetzt?“ wird eindrucksvoll dargelegt, wie sich die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden von 442 Mrd. € im Jahre 2003 auf 775 Mrd im Jahre 2018 entwickelt haben und –unter Berücksichtigung der vorhandenen Planungszahlen- im Jahre 2023 940 Mrd. überschreiten werden. Bereits im letzten Jahr habe ich von dieser Stelle darauf hingewiesen, dass der sogenannte Soli-Ost ein gutes Beispiel dafür sei, wie unser Staat an Steuerquellen festhält, die er einmal angezapft hat. Dass die kleine GroKo in Berlin vor einem Jahr in ihrem mühsam erreichten Koalitionsvertrag beschlossen hat, den Soli abzuschaffen, scheint dem zu widersprechen, doch man schaue genau hin: Diese Vereinbarung soll erst im Jahre 2021 in Kraft treten: Unmittelbar vor der nächsten regulären Bundestagswahl—in Rheine ist die überfällige Senkung der Grundsteuer B für 2020 geplant: Unmittelbar vor der nächsten Kommunalwahl. Noch irgendwelche Fragen???

Wir wollen die Staatsquote senken, wir wollen gerade in wirtschaftlich guten Zeiten den Bürgerinnen und Bürgern-und dabei denken wir auch und vor allem an die Masse der unteren und mittleren Einkommensbezieher- mehr Netto vom Brutto belassen und es nicht weiter durch kalte Progression und unbegründet hohe Abgaben jeglicher Art schmälern. Wir wollen **mit** dazu

beitragen, dass Menschen das, was viele gar nicht können, etwa der drohenden Altersarmut durch private Vorsorge zu entgehen, auch erreichen und umsetzen können. Das funktioniert aber nicht, wenn ihnen der Staat die notwendigen Mittel dafür gleich wieder abknöpft. Das ist nicht „privat vor Staat“, das ist Emanzipation des mündigen Bürgers, der mündigen Bürgerin.

Wir können in dem pauschalen Hinweis auf große Aufgaben, die zu schultern sind, in dem Totschlagargument der intergenerativen Gerechtigkeit, das so richtig wie banal ist, keinen zwingenden Grund erkennen, den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt nicht das zurück zu geben, was wir ihnen seit Jahren genommen haben, ohne dass dafür eine zwingende Notwendigkeit besteht. Wer fürs Prickeln auf der Haut bereit ist, mal eben eine Million extra zu spendieren, muss auch bereit sein, eine Million denen zurück zu geben, die nicht nur davon profitieren, sondern es ungefragt auch bezahlen. Der zur Abstimmung vorgelegte Haushalt lässt es zu, diese Steuersenkung umzusetzen. Die UWG-Rheine wird sich bei aller Übereinstimmung mit Rat und Verwaltung in vielen Fragen in diesem Jahr nicht damit begnügen, sich bei der entscheidenden Abstimmung der Stimme zu enthalten. Wir möchten ein Zeichen setzen und unsere sichere Überzeugung unterstreichen, dass in diesem zentralen Punkt ein überzogener Vorsorgegedanke zu einer inakzeptablen Bevormundung, um nicht zu sagen Entmündigung der Bürgerinnen und Bürger führt. Das tragen wir nicht mit und lehnen aus diesem Grund den zur Abstimmung vorgelegten Haushalt 2019 ab.

(Für die UWG Rheine – Rainer Ortel, Fraktionsvorsitzender)